

Niederschrift

über die 44. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft

Sitzungstag: 15.01.2025
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 16:31 Uhr bis 19:05 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Vredenborg, Elke

Stellvertretende Vorsitzende

Montigny, Bettina

Ausschussmitglieder

Albers, Udo

Bollmeyer, Matthias, Dr.

Hartwig, Marcus

Oltmanns, Karl

Vertretung für Frau Almuth Thomßen

Grundmandat

Raquet, Sibylle

Ultsch, Jürgen

Vertretung für Herrn Hendrik Theemann

Verwaltung

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Eilers, Jasmin

Hagestedt, Uwe

Rüstmann, Melanie

Smidt, Sebastian

Protokollführerin

Gäste

Benjamins, Florian

Hartfil, Jannik

Projektleiter Mobilitätsstationen

Friesland/WHV zu TOP 7

EWE Netz GmbH zu TOP 6

Entschuldigt waren:

Ausschussmitglieder

Harjes, Olaf

Hinzugewählte Mitglieder
Janssen, Jann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen. Tagesordnungspunkt 9 wurde auf die Sitzung am 05. Februar 2025 verschoben. Der TOP 16 wurde abgesetzt und wird direkt im Verwaltungsausschuss am 21.01.2025 behandelt. TOP 17 wurde zurückgestellt, da die Ausschreibefrist aufgrund nicht eingegangener Angebote verlängert werden musste und wird somit in der nächsten Ausschusssitzung am 05.02.2025 behandelt. Der TOP 18 wird aufgrund der Richtlinie der Stadt Jever über die Abgrenzung der laufenden Geschäfte, Auftragswert unter 50.000, gestrichen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Einwohnern Gelegenheit zur Fragestellung zu geben. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass die Sitzung wieder eröffnet wird.

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

TOP 6. Kommunale Wärmeplanung; hier: Vorstellung eines Zwischenergebnisses Vorlage: MV/0942/2021-2026

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hartfil von der EWE Netz GmbH und erteilt ihm das Wort.

Herr Hartfil stellt anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation das Zwischenergebnis der Bestands- und Potenzialanalyse für die kommunale Wärmeplanung vor. Diese bieten wertvolle Einblicke in die aktuellen Gegebenheiten und zukünftigen Möglichkeiten der Wärmeversorgung in der Stadt Jever. Diese Analyse umfasst eine Bewertung der bestehenden Wärmequellen, der Infrastruktur sowie der Energieeffizienz von Gebäuden. Zudem werden Potenziale für erneuerbare Energien und alternativen Heizsysteme identifiziert, um eine nachhaltige und klimafreundliche Wärmeversorgung zu fördern. Insgesamt wurden für die Bestands- und Potenzialanalyse Verbrauchsdaten der Stadt Jever, Daten der Schornsteinfeger, der Netzbetreiber, Energieversorgungsunternehmen und Biogasanlagen, sowie Daten der Industrie und Gewerbe der letzten 3 Jahre erhoben. Das Ergebnis zeige auf, dass in Jever Erdgas zu 93 % als Hauptenergiequelle diene. Er benennt die Verbrauchswerte von Erdgas und Strom und zeigt die Baualtersklassen der jeverschen Gebäude auf. Die Leistungen der erneuerbaren Energien seien ausgewertet worden, und der erzeugte Strom konnte insgesamt verbraucht werden. Im Stadtgebiet gebe es insgesamt 7.784 Gebäude, von denen 67 % vor 1979 errichtet worden seien, was ein erhebliches Sanierungspotenzial mit sich bringe.

Dieses führe auch dazu, dass nicht grundsätzlich eine Wärmepumpe installiert werden könne, denn auch das technische Potential müsse vorhanden sein und die Wirtschaftlichkeit gegeben sein. Ein erstes Ziel sei es, den Verbrauch durch eine Gebäudesanierung zu reduzieren.

Als Abwärme-Lieferant bestehe ein mögliches Potenzial bei der Brauerei. Die bestehenden Biogasanlagen im Stadtgebiet seien ebenfalls relevant. Grundlegend handele es sich um ein Zukunftsszenario. **Herr Hartfil** zeigt anhand einer Karte verschiedene Wärmenetzeignungsgebiete und potenzielle Wärmenetze und macht deutlich, dass für eine Umsetzung eine Machbarkeitsstudie im Anschluss erforderlich sei. Es bestehe zu keiner Zeit eine rechtliche Bindung für Ausbau oder Anschlusszwang durch die Kommunale Wärmeplanung. Auch müsse man berücksichtigen, dass Ankerkunden vorhanden sein müssen und eine Wärmequelle auch nutzbar sei. Als bauliche Herausforderungen benennt er kleinere Niederspannungsringe, mehr Ortsnetzstationen und das Vorhandensein von Fernwärmeleitungen. Insgesamt seien 4 Bereiche im Stadtgebiet als Wärmenetzeignungsgebiete vorhanden, u. a. Schulstraße/Bahnhofstraße, Innenstadt Nord, Innenstadt Süd Mühlenstraße/Mühlenweg und die BBS Jever/Störtebekerstraße. Für jedes dieser Eignungsgebiete wurde eine Übersicht (Steckbrief) erstellt, die der Niederschrift beiliegt.

Herr Hartwig macht deutlich, dass für eine Sanierungsumsetzung bei alten Gebäuden ein Energieberater beauftragt werden müsse. Ihm sei unverständlich, wie man bei Auswertung der Verbrauchsdaten erkennen könne, inwieweit ein Haus bereits saniert sei. **Herr Hartfil** erklärt, dass man hierbei größere Bereiche betrachte und nicht einzelne Häuser.

Herr Udo Albers fragt sich, ob aus der Folie zum Wärmenetz sich ableiten lasse, dass dort auch ein Fernwärmenetz möglich sei. **Herr Hartfil** bejaht dieses. Sinnvoll sei dieses aber auch nur, soweit ein Ankerkunde vorhanden sei. Dieses sei aber nicht Thema der Wärmeplanung. **Herr Albers** hat weitere Fragen, die von Herrn Hartfill beantwortet werden.

Herr Udo Albers teilt mit, dass im Rat einstimmig beschlossen worden sei, dass u.a für dieses Thema ein separater Ausschuss für Klimaschutz gebildet werden solle und warum dieses noch nicht geschehen sei. Das Thema belaste den Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft. **Herr BGM Albers** stellt klar, dass seitens der SWG-Fraktion ein entsprechender Antrag auf Einrichtung eines

Fachausschusses für Klimaschutz gestellt worden sei. Der Rat habe aber lediglich einstimmig beschlossen, dass man sich mit diesem Antrag inhaltlich befassen wolle. Über die tatsächliche Einrichtung dieses Fachausschusses sei kein Beschluss gefasst worden.

Herr BGM Albers macht nochmal deutlich, dass es sich heute um die Vorstellung der Zwischenergebnisse handele, welche lediglich aufzeige, was im Stadtgebiet möglich sei. Wichtiger aber sei im Anschluss die Machbarkeitsstudie, die aufzeigen werde, was tatsächlich umgesetzt werden könne. Gasheizungen dienten bis jetzt der Wärmeversorgung. Da diese künftig aufgrund der Verminderung der CO²-Emissionen nicht mehr verbaut werden sollen, müsse eine neue, individuelle Lösung für jedes Gebäude bzw. Quartier gesucht werden. Die Installation von Wärmepumpen an alten Gebäuden in der Innenstadt sei aufgrund fehlenden Platzes oft nicht möglich.

Herr Ultsch stellt in den Raum, ob für den Bedarf von Wärmepumpen und dem Aufbringen von Photovoltaik die Kapazitäten des Stromnetzes ausreichen und nicht überlastet werden. **Er** empfindet, dass das ganze Konzept zu sehr auf die Einrichtung von Wärmepumpen ziele. **Herr Hartfil** erwidert, zunächst handele es sich nur um die Wärmeplanung und zukünftig werde man sich mit der Stromnetzfrage beschäftigen. Diese Fragen fließen dann in die Netzstruktur bezüglich der Versorgungssicherheit, mit ein. Der Netzbetreiber kümmere sich um diese Aufgaben.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass keine Diskussion entstehen solle, da es sich zunächst nur um ein Zwischenergebnis der Wärmeplanung handele. Weitere Schritte sollen noch vorgestellt werden.

Frau Eilers verweist auf die kostenlose Energieberatung, die jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von der Verbraucherzentrale im Rathaus angeboten würde. Hier können sich die Bürger ausgiebig über Fördermittel und passende Wärmetechnik informieren. **Herr Hartwig** erkundigt sich, ob das Angebot vergleichbar mit einem Gebäudeenergieberater sei. **Frau Eilers** erwidert, dass es sich lediglich um eine Beratung handele, nicht aber um die eines Gebäudeenergieberaters. Um Fördermittel zu erhalten, bedürfe es eines Gebäudeenergieberaters oder eines Heizungsbauers.

Herr Udo Albers fragt an, was passieren würde, wenn z. B. die Brauerei als Abwärmelieferant irgendwann nicht mehr zu Verfügung stehen würde. **Herr Hartfil** verweist in diesem Fall auf eine Notfallversorgung. Solche Fragen würden im Rahmen einer Machbarkeitsstudie geprüft und beantwortet.

Zur Kenntnis genommen.

**TOP 7. Mobilitätsstationen Friesland und Wilhelmshaven;
 hier: Mobilitätsstandort Jever
 Vorlage: BV/0941/2021-2026**

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Benjamins, Projektleiter der Mobilitätsstationen Friesland/WHV und erteilt ihm das Wort.

Herr Benjamins stellt anhand der dieser Niederschrift beigefügten Präsentation das Konzept der geplanten Mobilitätsstation am jeverschen Bahnhof vor. Neben dieser Präsentation könne **er** auch auf Wunsch eine Textversion zur Verfügung stellen. Insgesamt sei festgestellt worden, dass der Bahnhof der Stadt Jever über eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr verfüge, ein hohes Nachfragepotenzial besitze und der multimodale Vernetzungsgrad bereits ausgeprägt sei. Für die geplante Infrastruktur der Mobilitätsstation sei ein Car Sharing- Angebot vor dem Bahnhofsgebäude geplant, um die Nutzung von Autos für Kurzstrecken zu fördern. Eine

händlerunabhängige Abholstation und Schließfächer um die Nutzung von Warenlieferungen und persönlichen Gegenständen zu erleichtern seien ebenfalls vorgesehen, soweit Betreiber gewonnen werden können. Die neuen Ladesäulen sollen die bestehende Ladeinfrastruktur auf dem Parkplatz hinter der Bushaltestelle ergänzen. Zwei Überdachungen seien geplant, die mit grüner Infrastruktur ausgestattet werden, um sowohl Funktionalität als auch Umweltbewusstsein zu fördern. **Herr Benjamins** schlägt vor, präpariertes Moos zu installieren, da dieses pflegeleicht sei, dafür aber kostenintensiv in der Anschaffung. Es werde überlegt, die achteckigen Wartehäuschen zu modernisieren oder durch größere Varianten zu ersetzen. Diese Idee sei grundsätzlich begrüßt, jedoch nicht in die Kalkulation aufgenommen worden.

Der Projektverantwortliche soll die Mobilitätsstationen konzipieren und in enger Zusammenarbeit mit den Beteiligten die Angebotsparameter sowie Produkt-, Distributions-, Preis- und Kommunikationsstrategien erarbeiten. Für die Stationen werden ein Corporate Design entwickelt, das ein einheitliches Erscheinungsbild und eine hohe Wiedererkennbarkeit gewährleisten soll. Es werden Vorlagen für die Umsetzung der Mobilitätsstationen erarbeitet, die langfristig in einem Katalog gebündelt werden. Diese Vorlagen sollen den Kommunen in den kommenden Jahren die Planung weiterer Stationen erleichtern. Um die Beschaffung flexibler und effizienter zu gestalten, werden Rahmenverträge mit Zulieferern geschlossen. Dies ermöglicht der Stadt, auf einfachere Weise die benötigten Ausstattungsmerkmale für zukünftige Stationen zu bestellen. Das Betreibermodell sehe vor, dass die Wartung und Instandhaltung der Stationen nach der Fertigstellung von der Stadt übernommen werden soll. Hierfür können Subverträge abgeschlossen werden.

Um eine höhere Effizienz und Kostenminimierung zu erreichen, solle der Stadt die lokale Betreuung der Stationen übertragen werden. Dadurch könne eine schnelle Reaktion bei Problemen gewährleistet werden. Insgesamt entstehen für die Mobilitätsstation in Jever Kosten in Höhe von insgesamt 711.142,25 € mit einer Förderhöhe von 90 % also 640.028,03 €. Der Eigenanteil betrage somit 71.114,23 €, der vom Landkreis Friesland übernommen werde.

Die individuellen laufenden Kosten für die Instandhaltung belaufen sich lt. Präsentation auf 9.531,11 €, wobei die Kosten für die Müllentsorgung und die Straßenreinigung bereits abgezogen werden können, da die anfallenden Arbeiten schon jetzt ausgeführt werden. Somit fielen für die Instandhaltung einer Mobilitätsstation zusätzlich Kosten in Höhe von **2.296,11 €** an. **Herr Benjamins** weist darauf hin, dass die Fahrradabstellanlage auf dem Bahnhof in Sande sich aufgrund von Mieteinnahmen selber trage.

Herr BGM Albers fragt an, ob es möglich sei, die Bilanz der Gemeinde Sande einzusehen, um das Restrisiko abschätzen zu können. **Herr Benjamins** sagt zu, die Werte einzuholen.

Herr Udo Albers fragt an, wie das Werkzeug beim Fahrradreparaturstand aufbewahrt und ob dieses Angebot auch genutzt werden würde. **Er** selber könne sich schlecht vorstellen, dass die Masse diesen Service nutzen werde. Auch möchte **er** wissen, ob Jever Fördermittel für diese Maßnahme erhalten könne, denn seiner Kenntnis nach gehöre die Stadt nicht zum Fördergebiet des Kohlestrukturfonds. **Herr Benjamins** erklärt, dass bei Fahrradreparaturständen das Werkzeug an Stahldrähten befestigt sei. Leider führe Vandalismus auch dazu, dass das Werkzeug einfach abgetrennt werden würde.

Alternativ könnte man dann das Werkzeug in Fahrradschließboxen aufbewahren, um es nur denen zu Verfügung zu stellen, die dann Zugang zu den Boxen hätten. Die Stadt Jever sei förderberechtigt durch den Landkreis Friesland, da dieser einen Förderantrag für den gesamten Kreis beantragt habe.

Herr BGM Albers ergänzt, dass der Landkreis Friesland die Situation genutzt habe, um auch benachteiligten Kommunen eine Chance zu ermöglichen, Vorhaben umzusetzen.

Herr Dr. Bollmeyer teilt mit, dass am Bahnhof bereits Schließfächer vorhanden gewesen seien, die durch Vandalismus zerstört worden seien. Der Landkreis Friesland treibe den Bau

von Mobilitätsstationen an und am Ende blieben die Kosten bei der Stadt. Seine Fraktion werde der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Herr Oltmanns spricht sich für einen kleinen Mobilitätspunkt aus, dieser gehöre aber in die Innenstadt. Da bereits die Fahrradabstellanlage bei der TouristInfo geplant sei, könne man hier eine Station ansiedeln. Die berechneten Instandhaltungskosten in Höhe von ca. 10.000,00 Euro empfinde er als enorm.

Frau Montigny erkundigt sich, ob sich die Instandhaltungskosten der Mobilitätsstationen erhöhen können, wenn andere Kommunen kein Interesse an einer Umsetzung zeigen. **Herr Benjamins** erklärt, dass die Instandhaltungskosten nur für die jeweilige Mobilitätsstation kalkulierten worden seien und daher unabhängig von anderen Stationen seien.

Frau Raquet findet, dass das Vorhaben Mobilitätstation für Jever zu überdimensioniert sei. Ihrer Ansicht nach reisen Gäste in Jever hauptsächlich mit dem PKW und nicht mit der Bahn an und auch die Folgekosten seien viel zu hoch. Zusätzlich gehe sie davon aus, dass die Instandhaltungskosten durch Vandalismus steigen werden. Zum Thema Vandalismus erklärt Herr Benjamins, dass man diese Kosten über eine Versicherung absichern könne.

Herr BGM Albers weist darauf hin, dass die Kosten für Straßenreinigung und Müllbeseitigung entfallen, da sie bereits im jetzigen Zustand anfallen. Diese sollten bei der Kalkulation der zusätzlichen Belastung abgezogen werden. Der Landkreis stelle die Möglichkeit einer Förderung und die sei nicht gerade gering. Der Bahnhof soll durch die Mobilitätsstationen aufgewertet werden, was die Nutzung von Bus, Bahn und Fahrrädern fördern könnte. Die Möglichkeit, zusätzlich eine Station in der Innenstadt zu errichten (z. B. mit dem geplanten Fahrradunterstand), könne die Attraktivität und Reichweite des Projekts erhöhen. **Er** fragt, ob zwei Stationen förderfähig und umsetzbar wären **Herr Benjamins** sagt zu, zu überprüfen, ob beide Stationen förderfähig und umsetzbar seien.

Herr Ultsch äußert Kritik an den Folgekosten für das Vorhaben Mobilitätsstation. Grundsätzlich könne **er** seine Zustimmung erteilen, insbesondere dann, wenn die Kosten optimiert werden könnten. Da nahezu jeder über mobiles Internet verfüge, könnte auf die Einrichtung eines WLAN-Netzwerkes verzichtet werden. Dies würde Investitions- und Betriebskosten einsparen und das Projekt entschlacken.

Herr Udo Albers kann sich vorstellen, dass die Präsentation zum Thema Mobilitätsstation in der Stadt Jever auch für die Vorstellung einer Bürgerbeteiligung geeignet sei, zumal der Tagesordnungspunkt 9 dieses Thema aufgreife.

Herr BGM Albers hebt die Bedeutung des Projekts hervor und plädiert für eine pragmatische Herangehensweise, indem **er** einen Grundbeschluss fordert, um das Vorhaben weiter zu untersuchen und die Ergebnisse abzuwarten. **Er** schlägt vor die Beschlussempfehlung im letzten Satz zu streichen.

Die Vorsitzende lässt sodann über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass auf ihrem Gelände des ZOB eine Mobilitätsstation geplant und umgesetzt wird. Die Stadt Jever ist über die Planungen laufend zu informieren.

Abstimmung: bei Stimmgleichheit abgelehnt: Ja 3 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8. Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur Verbesserung des Bahnhofsplatzes sowie des Busbahnhofes;
Antrag des Ratsherrn Jürgen Ultsch vom 17. April 2024
Vorlage: AN/0713/2021-2026**

Herr Ultsch führt zu seinem Antrag „Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur Verbesserung des Bahnhofsplatzes“, sowie des Busbahnhofes aus. Ihm sei bewusst, dass das Grundstück nicht im Eigentum der Stadt Jever stehe. Durch die Nutzung des Deutschlandtickets, würde der Bahnhof immer häufiger durch Bürger und Touristen frequentiert. Eine Bürgerbeteiligung würde nicht nur die Akzeptanz des Projekts stärken, sondern auch wertvolle Anregungen aus der Bevölkerung einbeziehen.

Die Vorsitzende lässt ohne weitere Absprache über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft soll sich in einer seiner nächsten Sitzungen inhaltlich mit dem Antrag des Ratsherren Jürgen Ultsch vom 17.04.2024 befassen, eine Bürgerbeteiligung zur Verbesserung des Gebietes Bahnhof und Busbahnhof durchzuführen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen:

**TOP 9. Moorland;
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: MV/0953/2021-2026**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt.

Eigene Zuständigkeit:

TOP 10. Genehmigung des Protokolls Nr. 43 vom 06.11.2024 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 11. Mitteilungen der Verwaltung

Herr BGM Albers teilt mit, dass das Ergebnis der Ausschreibung für die Vergabe der Planungsleistung für den Bürgerradweg entlang der L813 im nächsten Verwaltungsausschuss am 21.01.2025 entschieden werden soll.

TOP 12. Anfragen und Anregungen

- Keine -

TOP 13. Schließen der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:44 Uhr.

Genehmigt:

Elke Vredenburg

Vorsitzende

Jan Edo Albers

Bürgermeister

Melanie Rüstmann

Protokollführerin